Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

7.6.1864 (No. 132)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 7. Juni.

Nr. 132.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **Berlin,** 6. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „In der Donnerstags-Sitzung der Londoner Konferenz wurde preußischer Seits die Grenzlinie Apenrade nach der Westküste als die letzte allenfalls annehmbare Bedingung bezeichnet. Bei einer Abstimmung der Bevölkerung (erklärte sich Preußen) gegen die Theilung. Bei der Unbereitwilligkeit der neutralen Mächte, dieser Forderung Rechnung zu tragen, haben die deutschen Großmächte wohl nur die Politik zu befolgen, in den befreiten Herzogthümern zu bleiben und abzuwarten, wer sie daraus vertreiben wird."

† **Hannover,** 6. Juni. Abgeordnetenkammer. Der Justizminister antwortet auf die Interpellation wegen Schleswig-Holsteins: Die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und des Bundes erstreben auf der Konferenz die Lostrennung der Herzogthümer von der dänischen Krone und deren Vereinigung zu einem dem Deutschen Bund einzuverleibenden Staat unter der Erbsouveränetät der Augustenburger. Die hannoversche Regierung schließt sich diesen Bemühungen an, vertraut auf die Kraft des vereinigten Deutschlands und das Gerechtigkeitsgefühl der neutralen Mächte, und hofft, daß das Ziel unter annehmbaren Bedingungen auf friedlichem Wege werde erreicht werden.

Kopenhagen, 4. Juni. (W. T.-B.) Die „Berling. Ztg." berichtet, daß, im Fall die Waffenruhe nicht verlängert werde, die Blokade am 12. d. wieder aufgenommen und den neutralen Schiffen keine Frist gelassen wird, die blokirten Häfen zu verlassen. Der Staatsrath wird dem Vernehmen nach in nächster Zeit einberufen werden. — Blaunfeldt und Sohn sind hier angekommen.

Paris, 5. Juni. (Sch. M.) Der „Moniteur" veröffentlicht befriedigende Nachrichten aus Algerien. Ein Theil der aufrührerischen Stämme bittet um Gnade.

Neu-York, 26. Mai. (Schw. M.) Grant rückte vor, um den Rebellengeneral Lee zu nöthigen, Spotsylvanien zu räumen. Mehrere Gefechte, aber keine Schlacht. Lee zog sich zurück und nahm eine starke Stellung zwischen dem Nord- und Südannafluß ein. Grant bedarf dreier Tage, um seine Operationen zu entwickeln. Butler hat einen Angriff der Rebellen zurückgeschlagen. — Goldagio 85.

Deutschland.

Karlsruhe, 6. Juni. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich heute Abend halb 8 Uhr nach Baden begeben, nachdem Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin Luise mit Seiner Königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog und der Großherzogl. Prinzessin schon heute Nachmittag um 2 Uhr 20 Minuten dahin abgereist waren.

* **Frankfurt,** 4. Juni. Die Angabe eines hiesigen Blattes, in der vorgestrigen Bundestags-Sitzung sei der Antrag der vereinigten Ausschüsse, sie mit der Leitung des Geschäftsverkehrs zwischen dem Bunde und dessen Vertreter zu beauftragen, auch bereits angenommen worden, ist irrig. Die Abstimmung über diesen Antrag ist auf 8 Tage ausgesetzt, an seiner Annahme übrigens nicht zu zweifeln. — Von Seiten mehrerer Regierungen, welche Ansprüche auf Lauenburg geltend gemacht haben, wurde vorgestern mit Bezug darauf, daß in der Londoner Konferenz die Lauenburger Frage bereits berührt worden sei, an ihre, besagte Ansprüche betreffenden früheren Erklärungen erinnert. — Bei der Abstimmung über das Ausfuhrverboot jeglichen Kriegsmaterials hielt sich der die Stimme der 17. Kurie führende Vertreter Hamburgs, weil noch ohne Instruktion, das Protokoll offen.

München, 4. Juni. (Nürnb. Korr.) Die Ministerialräthe v. Meixner und v. Weber sind heute aus Wien hier eingetroffen. Die Konferenzen der mit Bayern übereinstimmenden Zollvereins-Regierungen sollen nun bis nächsten Sonnabend beginnen.

Die „Bayer. Ztg." theilt mit, daß Hr. Abt Haneberg entschlossen ist, die auf ihn gefallene Wahl zum Bischof von Trier abzulehnen, und daß wohl kaum angenommen werden dürfte, daß höhere Einflüsse hier geltend gemacht werden möchten.

Wiesbaden, 3. Juni. Auf die Anträge der Abgg. Giebeler und Dilthey, die Zollvereins-Frage betr., ertheilte der Regierungskommissär Vigelius nach der „Nass. Land.-Ztg." folgende Antwort:

Die herzogl. Regierungskommission ist nicht beauftragt, sich gegen die Inbetrachtnahme dieses Antrags auszusprechen; sie hat nur im Allgemeinen zu erklären, daß die herzogl. Regierung die Vortheile einer handelspolitischen Verbindung mit Preußen in vollem Maße anerkennt und daß sie nirgends die Absicht ausgesprochen hat, daß diese Verbindung aufgegeben werden soll. Das Verhalten, was die herzogl. Regierung in dieser hochwichtigen Frage bisher eingehalten hat, beruht lediglich auf dem Gesichtspunkte, daß der Zollverein in seinem Gesammtbestande erhalten werden müßte. Wenn die herzogl. Regierung in Verfolgung dieses Zieles in der Absendung eines Bevollmächtigten zu der Wiederaufnahme der Berliner Konferenzen eine Verzögerung hat eintreten lassen, so war sie dazu bestimmt worden durch die Erklärung mehrerer größeren süddeutschen Staaten, daß sie sich ihrerseits an der Fortsetzung der Verhandlungen augenblicklich nicht betheiligen würden; die herzogl. Regierung hat dies nach Berlin erklärt, und um eine weitere Eröffnung von Seiten der k. preußischen Regierung ersucht, welche ihr bis jetzt noch nicht zugegangen ist. Indessen sind neuerdings wiederholt Schritte eingeleitet worden, um die bisherigen Differenzen zu beseitigen, und die Regierung hofft, daß sie noch während der Verhandlungen, die über den Antrag stattfinden werden, im Stande sein wird, weitere Mittheilung machen zu können.

Kassel, 3. Juni. (Hess. Morg.-Ztg.) Der Entwurf zu einem Gesetz über den Gewerbebetrieb ist, nachdem ihn die dazu niedergesetzte Kommission seit Wochen vollendet hat, gedruckt und den Handels- und Gewerbevereinen des Landes zur Begutachtung übersendet worden. Die wesentlichsten Bestimmungen desselben sind folgende:

Alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und der Religion sind zum Betrieb von Gewerben jeder Art (Handel, Fabrikation und Handwerk) im ganzen Umfang des Kurfürstenthums berechtigt. Diese Berechtigung enthält die Befugniß, jedes Gewerbe an jedem Orte für eigene oder fremde Rechnung, selbständig oder als Gehilfe, auszuüben, ein oder mehrere Geschäfte gleichzeitig an mehreren Orten oder auch in verschiedenen Lokalitäten desselben Orts zu führen, von einem Gewerbe zum andern überzugehen, ein Geschäft auf den Bereich anderer Gewerbe auszudehnen, Stellvertreter, Gehilfen und Lehrlinge anzunehmen und zu beschäftigen, vom Orte der Niederlassung aus an jedem andern Orte des Landes Waaren und Arbeitserzeugnisse zu verkaufen, Gewerbsarbeiten anzunehmen und Bestellungen darauf zu sammeln. Jeder Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts oder der Religion ist berechtigt, zum Zweck des Geschäftsbetriebs in jeder Ortsgemeinde seinen Wohnsitz zu nehmen. Das Recht zum Gewerbebetrieb steht in gleicher Weise, wie den Inländern, auch den Angehörigen anderer Staaten zu, vorbehaltlich der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen für den Aufenthalt im Lande.

Hamburg, 3. Juni. (Hamb. Nachr.) Das Kommando von 40 Mann des hiesigen Linienmilitärs, welches zur Bedienung der Küstenschutz-Batterie zu Cuxhaven eingeübt ist, ging gestern Morgen per Dampfschiff dahin ab. Die Munition wurde in Stade eingenommen. Vorläufig befindet sich Hr. Leutnant Meyer in Cuxhaven. Später wird Hr. Hauptmann Dirksen das Kommando über die Batterie übernehmen.

Altona, 2. Juni. (Schlesw.-Holst. Ztg.) Eine Deputation aus Stadt und Amt Tondern kam gestern hier durch, um ihren Weg zum König von Preußen zu machen. Zweck derselben ist, Sr. Maj. die Ansicht des von ihnen (gerichtlich beglaubigt) vertretenen Distrikts auszusprechen, daß sie nur in einem ungetheilten Schleswig-Holstein und im Deutschen Bunde das Heil für ihr Vaterland finden könnten. Diese Deputation muß um so mehr in Erwägung gezogen werden, da die Einwohner des Amtes Tondern sogenannte Festlandsfriesen sind und gleichzeitig mit ihnen eine Deputation der Inselfriesen von Sylt, Amrum, Föhr dieselbe Reise machte, um Dasselbe oder Aehnliches auszusprechen.

Kiel, 2. Juni. (Schlesw.-Holst. Ztg.) In der gestern stattgefundenen Sitzung des engern Ausschusses der schleswig-holsteinischen Vereine wurde beschlossen, auf Sonntag den 12. d. eine Delegirtenversammlung nach Rendsburg zu berufen. Gegenstand der Berathungen dieser Versammlung wird in erster Reihe die noch immer nicht als beseitigt anzusehende Gefahr der Theilung Schleswigs bilden.

Rendsburg, 5. Juni, Vormittags. (Köln. Ztg.) In Hadersleben findet eine große Versammlung der Nordschleswiger statt, um gegen die Theilung zu protestiren. Am Dienstag erfolgt die feierliche Einweihung der Denkmäler für die bei Oberselk gefallenen Oesterreicher.

Flensburg, 3. Juni. Zur Orientirung über die Belegenheit der Grenze zwischen dänischer und deutscher Kirchensprache bemerkt die hiesige „Nordd. Ztg.": Die deutschen Grenzkirchspiele sind, von Osten nach Westen gerechnet, folgende: Bau, Medelbye, Ladelund, Süder-Lügum, Uberg, Tondern, Aventoft und Rodenes; die dänischen Grenzkirchspiele: Holebüll, Tingleff, Buhrkall, Hostrup, Abel und Hoyer. — Die preußisch-österreichische Armee in den Herzogthümern und Jütland besteht aus drei Armeekorps, welche jetzt in weiten Kantonnements so dislozirt sind, daß das Korps des Generals Vogel v. Falkenstein, Gardedivision, 10. und 21. Brigade, in Jütland, das Korps von Gablenz in und um Fridericia und Kolding und in Nordschleswig, und das Korps des Generals Herwarth, 6. und 13. Division, in Schleswig stehen. Die 9. preußische Brigade ist in Holstein und auf Fehmarn.

Berlin, 4. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Ueber die letzte Konferenz ist den bisherigen Berichten wenig hinzuzufügen. Oesterreichs Bekämpfung des preußischen Vorschlages, daß die Bevölkerung auch über die Theilung gehört werde, macht nicht geringes Aufsehen. Daß über diesen wichtigen Punkt vor der Sitzung zwischen den beiden Regierungen verhandelt wurde, ist selbstverständlich. Die Bevollmächtigten Oesterreichs werden daher nach den ihnen zugegangenen Weisungen verfahren haben, indem sie sich gegen den Vorschlag aussprachen. In der politischen Welt will man sogar wissen, die gewohnte Schweigsamkeit der österreichischen Vertreter habe bei dieser Gelegenheit den Umstand, daß sie wiederholt das Wort gegen den Antrag ergriffen, um so auffälliger erscheinen lassen. Zum ersten Mal wäre auch bei dieser Gelegenheit eine gewisse Divergenz zwischen den beiden Großmächten, die bisher nur zu den öffentlichen Geheimnissen gehörte, auch hin und wieder Ehren halber offiziös bestritten wurde, in der Konferenz selbst hervorgetreten. Die Thatsache selbst, daß nämlich unter den Gegnern des preußischen Antrags sich auch Oesterreich befand, wird in allen politischen Kreisen als richtig angesehen, und trotz der Zurückhaltung, mit welcher die Regierungen die Vorgänge im Schoße der Konferenz behandeln, wohl auch sonst bestätigt werden. Viel besprochen wird auch, wie man sich denken kann, die Haltung Frankreichs gegenüber dem preußischen Vorschlag. Daß es sich ebenfalls dagegen erklärt hat, scheint richtig. Ueber die Form und, wenn man sich so ausdrücken kann, das Maß des französischen Widerstandes wird indessen Näheres abzuwarten sein. Von einigen Seiten wird gemeldet, Frankreich habe gegen die Befragung der sogenannten gemischten Bezirke nichts einzuwenden, und nur der Norden sollte ausgeschlossen werden.

◇ **Berlin,** 5. Juni. Gestern Vormittag hatte Se. Maj. der König mit dem Prinzen Friedrich Karl eine längere Besprechung. Wie verlautet, wird der Prinz am nächsten Dienstag wieder auf seinen Posten nach dem Kriegsschauplatz zurückkehren. Heute Vormittag um 9 Uhr ist der König in Begleitung der königl. Prinzen nach Stettin und Swinemünde abgereist. Gestern Abend ist Se. Königl. Hoheit der Kronprinz mit seiner erlauchten Gemahlin nach Stettin gereist, um als Statthalter von Pommern und kommandirender General des 2. Armeekorps Se. Maj. den König bei seiner Ankunft zu empfangen und auf der Tour durch die Provinz zu geleiten. — Heute früh hat die Großfürstin Helene von Rußland Berlin wieder verlassen, um ihre Reise nach Bad Kissingen fortzusetzen.

Gestern Vormittag empfing Hr. v. Bismarck 2 aus Schleswig hier eingetroffene Deputationen, welche mit Gesuchen in Betreff der in London angeregten Theilung des Herzogthums nach Berlin gekommen sind. Die eine Deputation ist aus dem Amte Tondern, die andere von den friesischen Inseln abgesendet. Beide erheben im Namen ihrer Gemeinden Einsprache gegen eine Theilung Schleswigs überhaupt, sowie insbesondere gegen eine etwaige Einverleibung ihrer deutschen Wohngebiete in Dänemark.

Der jetzige Stand der Herzogthümerfrage erregt hier weit und breit ein Gefühl des Unbehagens. Beinahe sämmtliche Organe der hiesigen Presse geben ziemlich übereinstimmend diesem Gefühl Ausdruck. Was zunächst die Waffenstillstands-Angelegenheit betrifft, so besteht hier fast durchgängig die Meinung, daß eine baldige Wiedereröffnung der Feindseligkeiten jeder auf kurze oder unbestimmte Zeit verlängerten Waffenruhe entschieden vorzuziehen sei. Bei solcher Art von Unterbrechung der Kriegsoperationen kann der Seehandel sich nicht entfalten, während in Jütland der schädliche und nachgerade unerträgliche Zustand fortdauert, daß die verbündete Armee mit systematischen Nergeleien und Unverschämtheiten zu kämpfen hat, ohne gegen dieselben gebührend einschreiten zu können.

Wien, 2. Juni. Die zwischen den bayrischen und österreichischen Bevollmächtigten gestern aufgenommene Registratur „zur Erneuerung des Februarvertrags mit dem auf Grundlage des preußisch-französischen Handelsvertrags zu rekonstituirenden Zollverein" enthält nach der „Frkf. Post-Ztg." die folgenden 9 Punkte:

1) Art. 31 des französischen Vertrags wird dahin abgeändert, daß das Zollverhältniß des Zollvereins zu Oesterreich unbedingt von der Gleichstellung Frankreichs mit den meistbegünstigten Nationen ausgenommen ist. 2) Oesterreich führt seine Zollreformen auf Grundlage seines Tarifentwurfs vom 18. November v. J. allenfalls mit einigen Modifikationen durch, und verpflichtet sich, als Zwischenzoll von den aus dem freien Verkehr des Zollvereins kommenden Waaren nur die Hälfte des allgemeinen Zolls als Regel festzusetzen. Ausgenommen sind dabei a. die Waaren, welche im Zwischenverkehr ganz zollfrei sein sollen, b. die Waaren, welche in diesem Verkehr einer höhern Quote als der Hälfte des allgemeinen Zolles unterliegen, c. die Waaren, welche auch im Zwischenverkehr den ganzen allgemeinen Zoll zu zahlen haben. 3) Der Zollverein nimmt den neuen preußischen Tarifentwurf mit solchen Erhöhungen seiner von dem österreichischen Tarif abweichenden Sätze an, daß selbe wenigstens 10 Prozent mehr als die Hälfte der österreichischen Zollsätze betragen, wo sie nicht ohnehin schon höher sind; und er verpflichtet sich, ebenfalls als Regel, von den aus dem freien Verkehr Oesterreichs kommenden Waaren — mit denselben Ausnahmen wie a, b und c, sub 2 — nur die Hälfte seines Außenzolles zu erheben. 4) Die Ausnahmen von der Regel des halben Außenzolles werden auf dem Wege der Verhandlung festgesetzt. Als Grundsatz gilt dabei, die Ausnahmen sub a möglichst zu vermeiden, die sub b und c möglichst zu beschränken, ferner die Ausnahmen sub b und c nicht durchgehends auf beiden Seiten für dieselben Waaren oder für eine gleiche Anzahl Waaren, sondern mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Außenzölle eine Verschiedenheit der Liste der Ausnahmen zu statuiren, wodurch im Ganzen eine billige Kompensation der beiderseitigen Interessen erzielt wird. Oesterreich besteht übrigens dar-

auf, daß seine Weine im Zollverein nicht unter die Ausnahmen b und c fallen. 5) Keine Erhöhung oder Ermäßigung der Zölle darf ohne gegenseitiges Einverständniß stattfinden. 6) Die bestehende Durchfuhrzollfreiheit wird aufrecht erhalten. 7) Verkehrsverbote bei Krieg, Seuchen und Hungersnoth als vorübergehende Maßregeln bleiben vorbehalten. 8) Die übrigen Bestimmungen des Februarvertrags werden beibehalten und ausgebildet. 9) Der neue Vertrag wird abermals auf 12 Jahre abgeschlossen und läuft vom Jahr 1866 an. Währenddeß wird die Annährung der Außentarife behufs der schließlichen Zolleinigung betrieben.

†† **Wien,** 4. Juni. Die hiesigen Blätter bringen heute lange Konferenzberichte, die indessen zweifelsohne sehr wenig Wahrheit und sehr viel Dichtung enthalten. Daß das Ergebniß der Sitzung ein höchst unbefriedigendes gewesen, geht schon aus der mehr als gewöhnlichen Reserve hervor, welche die hiesige Regierung beobachtet, und aus welcher sie nicht heraustreten zu wollen scheint. Nicht nur nicht ein Waffenstillstand, nicht einmal die noch so kurze Verlängerung der einfachen Waffenruhe ist beschlossen worden; der Waffenstillstand scheiterte an den maßlosen Forderungen Dänemarks, die Waffenruhe an der Instruktionslosigkeit seiner Bevollmächtigten. Ueber die Grundlagen des künftigen Friedens, und speziell über die Theilung Schleswigs, eventuell die zu ziehende Theilungslinie, ist viel diskutirt worden, aber auch nur diskutirt und ohne jeden bindenden Charakter. Von Bedeutung ist einstweilen nur, daß formell freilich beide Theile noch ihre ursprünglichen Forderungen festhalten, daß also beide Theile das ganze Schleswig für sich in Anspruch nehmen, daß aber die Debatte doch thatsächlich sich ausschließlich um die eine oder die andere Theilungslinie drehte. Ich glaube übrigens die Lage richtig zu zeichnen, wenn ich sage, daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten eben so wahrscheinlich ist, als die verlängerte Waffenruhe, denn Dänemark drängt darauf hin; es hält die Hoffnung fest, daß ein weiteres Vorgehen der alliirten Seemacht die englische Flotte mit Nothwendigkeit zur Aktion bringen werde.

Wien, 5. Juni. Die amtliche „Wien. Ztg." zeigt heute an, daß Staatsrath Holzgethan zum Minister-Stellvertreter, die Ministerialräthe Radda und Brentano zu Sektionschefs im Finanzministerium, und der Ministerialrath im Finanzministerium, Schwind, zum Staatsrath ernannt ist.

Man schreibt der „Generalkorresp." aus Breslau, man erfahre daselbst von dem Augustenburgischen Schlosse Primkenau, wo der Erbprinz Friedrich von Augustenburg vor zwei Tagen eingetroffen ist, daß dessen Reise nach Wien — wo man allerdings den Erbprinzen schon an einem der nächsten Tage erwartet — zwar fest beschlossen ist, aber doch nicht unmittelbar bevorsteht.

Schweiz.

Bern, 4. Juni. (Bund). Hr. B.R. Schenk meldet dem Bundesrath, die basellandschaftliche Regierung habe beschlossen, mit dem Vollzug der bereits verfügten Anordnungen zu weiterer Fortsetzung der Abstimmung inne zu halten, auch von besondern Sicherheitsmaßregeln abzugehen. Im Besitz dieser und anderer Erklärungen, aus denen sicher zu entnehmen sei, daß unter diesen Umständen die öffentliche Ruhe und Sicherheit in Baselland nicht gestört werde, wird Hr. Schenk am 3. d. nach Bern zurückgekehrt sein.

Frankreich.

♁ **Paris,** 4. Mai. Die neuesten Berichte aus Mexiko melden von einer großen Kälte zwischen den mexikanischen und den französischen Behörden. Namentlich erfährt man, daß in den Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers Alles, was an die Dienste der Franzosen erinnern konnte, mit einer gewissen Absichtlichkeit vermieden wurde. Die französischen Behörden rächten sich dafür, daß sie den Mexikanern die zur Vollendung der Vorbereitungen nöthigen 500,000 Fr. verweigerten. — Heute gelangte die Angelegenheit des Dr. La Pommerais vor dem Kassationshof zur Verhandlung. Nach Anhörung des Generalprokurators Dupin zog sich der Hof um 1 Uhr 20 Min. in den Berathungssaal zurück. Um 2 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen und der Präsident eröffnete, daß der Kassationshof die Berufung des zum Tode verurtheilten Dr. La Pommerais verwerfe. — Mit Handel und Geschäften steht's gegenwärtig ziemlich flau. Im Monat Mai sprach das Handelsgericht des Seinedepartements nicht weniger als 128 Fallimentserklärungen aus, d. h. 19 mehr als im April und 40 mehr als im März. — Für die morgen im Boulogner Holz stattfindenden Rennen sind umfassende Maßregeln getroffen, um jede Manifestation gegen Engländer zu verhüten. — Der dänische Gesandte, Graf Moltke, ist heute aus London wieder in Paris eingetroffen. — Die Börse, Anfangs sehr fest, verflaute in Folge von Realisationen Seitens der Käufer, welche nicht bis Montag engagirt bleiben wollen. Rente schließt 67.07 nach 67.12. Cred. Mob. 1145 nach 1152. Ital. Anleihe 70.05 nach 70.25.

Spanien.

* **Madrid,** 3. Juni. In der gestrigen Sitzung des Kongresses fragte Hr. Lasale, welchen Grad von Wahrheit die durch die Blätter veröffentlichten Nachrichten aus Peru hätten. Der Minister des Auswärtigen erwiederte, die Regierung habe die ersten Depeschen des Hrn. Salazar erhalten, welche ihr den bedauerlichen Bruch des Friedens mitgetheilt hätten. Aber diese Depeschen seien wenig aufklärend abgefaßt gewesen, und man erwarte genauere. Der Minister verlas ein an die Vertreter Spaniens in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten gerichtetes Rundschreiben, worin erklärt wird, daß Spanien keinerlei Eroberungsgedanken gegen die südamerikanischen Republiken hege. Es wolle nur seine Würde gewahrt sehen.

Belgien.

Brüssel, 3. Juni. Der Finanzminister Frere-Orban sprach heute in der Repräsentantenkammer ohne Unterbrechung drei Stunden lang. Seine Rede war ein wahres Meisterwerk parlamentarischer Diskussion und Beredsamkeit. Es wäre ein eitler Versuch, auch nur annähernd diese Rede in einem Briefe resumiren zu wollen. Der erste Theil beleuchtete die Taktik der Rechten, ihr Programm, das der Minister als das „Programm der Widerrufe" (des palinodies) brandmarkte, indem er namentlich Hrn. Deschamps aufs Korn nahm und seine politische Vergangenheit mit seinem heutigen Auftreten als Alliirter der Demagogie konfrontirte. Den Antwerpener Deputirten that er vorübergehend schlagend dar, daß sie von der Rechten rein mystifizirt worden seien, da sie nur mit eiteln, leeren Versprechungen von dem katholischen Ministerium sollten abgespeist werden. Im zweiten Theil stellte der Finanzminister der von den Klerikalen ersonnenen Fata morgana zuerst das liberale Programm, die von dem jetzigen Ministerium schon durchgeführten und erzielten großartigen politischen und materiellen Reformen gegenüber, und zeigte dann das wahrhafte, aber sorgfältig nicht veröffentlichte politische Programm der Klerikalen, das Programm, das voriges Jahr nach dem katholischen Kongreß zu Mecheln vereinbart wurde. Allerdings lärmt darauf die Rechte: „wir erkennen dies Programm nicht an, wir waren nicht in Mecheln"; aber als der Minister sie auffordert, mit ihm gegen die darin befindlichen freiheitsfeindlichen Tendenzen zu protestiren, da schweigt Alles auf den Bänken der Opposition. Der dritte Theil der Rede war endlich der Schilderung der Gefahren gewidmet, welchen Belgien durch das Bestreben der allmächtigen katholischen Korporation, der Jesuiten, ausgesetzt sei, die bereits heute alle Lehrstühle in den klerikalen Anstalten, fast die gesammte katholische Presse und die bedeutendsten Bischofssitze inne haben. Um jene, den Fortschritt und die Freiheit bedrohenden Tendenzen unwiderleglich darzuthun, verliest der Minister das huldvolle päpstliche Anerkennungsschreiben, welches der ultramontane, zu Gent erscheinende „Bien public" kürzlich erhalten hat, und zitirt endlich eine Stelle der „Civilta cattolica", des eigentlichen Hauptorgans der Jesuiten, welche klar und bündig erklärt: die Katholiken könnten weder Gewissensfreiheit noch Preßfreiheit, weder das Versammlungsrecht noch irgend eine andere politische Freiheit als rechtmäßig anerkennen. Höchstens könnten sie die Freiheit erleiden und den Konstitutionen einen durch die Verhältnisse abgedrungenen provisorischen Eid leisten. Hier unterbricht die Rechte vor Wuth schäumend den Redner. Verschiedene Heißsporne ergehen sich selbst in persönlichen Drohungen. Frere-Orban wartet ruhig, bis seine Stimme wieder die Protestationen übertönt, und sagt dann mit zerschmetternder Ironie: „Ihr protestirt gegen jene Theorien; gut. Wollt Ihr noch mehr? Ich bin überzeugt, daß die Meisten unter Euch, wenn Ihr es wollt, daß selbst alle Katholiken dieser Kammer diese Theorien verdammen. Seid Ihr mit dieser Erklärung zufrieden? (Ja, ja! von der Rechten.) Wenn Ihr mithin, wie wir, die Bestrebungen der Jesuiten verurtheilt, die Spanien ruinirt, die das Königthum in Frankreich untergraben haben, so bekriegt denn auch mit uns den gemeinschaftlichen Feind, denn da ist die Gefahr. Ein klerikales Ministerium wäre in diesem Augenblick unfähig, der in der katholischen Welt stets die Oberhand besitzenden Macht der Jesuiten zu widerstehen." Wiederum setzt sich der Minister, umdrängt von seinen ihn beglückwünschenden Freunden, und es hallt der Sitzungssaal von rauschenden Beifallsbezeigungen wider. Die Rechte zischt, lärmt. Der Präsident hebt die Sitzung auf und bedeckt sich. Aber den Katholiken ist damit nicht gedient. Der greise, sonst eiskalte, leidenschaftslose Chef der Rechten, Graf de Theux, steht auf und protestirt gegen die Parteilichkeit des Präsidenten. Die Tribünen hätten applaudirt. Die Rechte droht mit den Fäusten nach dem Präsidentenstuhl und gegen die öffentlichen Tribünen, die jetzt, da die Sitzung aufgehoben, mit heulendem Geschrei erwiedern. Nieder mit den Jesuiten, nieder mit den Klöstern! hallt es von den Tribünen, und die katholischen Repräsentanten geben das noch die dagewesene Schauspiel allein (die Linke hatte sich entfernt), auf einen Knäuel zusammengedrängt, sich mit den Tribünen herumzubalgen und ihre ohnmächtigen Wuthausbrüche der Journalistentribüne zum Schauspiel zu geben. — Morgen dürfte dieser Zwischenfall näher beleuchtet werden und zu pikanten Erörterungen führen.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Juni. Nach der amtlichen „Berling. Ztg." bringen sämmtliche Morgenblätter Folgendes: „Aus einer Quelle, welche für zuverlässig zu erachten wir allen Grund haben, erfahren wir, daß von Seiten der Zivilverwaltung und des preußischen Oberkommando's augenblicklich zur Abhaltung einer Landmilitär-Session im Herzogthum Schleswig innerhalb 5 bis 6 Wochen, und zwar unter Mitwirkung von preußischen Offizieren und Aerzten, Vorbereitungen getroffen werden. Es liegt im Plan, baldmöglichst eine Armee von Schleswigern zu bilden, welche der preußischen Armee einverleibt werden soll (!)." Inzwischen wird die Genauigkeit der obigen Notiz hier vielfach angezweifelt. — Die „Fyens Stifts-Tidende" erfährt, daß man jetzt nach drei- und vierwöchentlicher Arbeit mit der Taxirung des Schadens, welcher durch das feindliche Bombardement in festen Besitzthümern in Sonderburg angerichtet worden, ungefähr zum Abschluß gelangt ist. So weit es sich bis jetzt beurtheilen läßt, beläuft sich der Werth der vollständig zerstörten Gebäude auf 160- bis 170,000 Thlr., während der theilweise Schaden durch Granatsprengungen ohne Entzündung u. dgl. mit 60- bis 70,000 Thlrn. R.-M. in Anschlag gebracht wird.

Kopenhagen, 4. Juni. Nach der „Berling. Ztg." vom 3. Abends darf als sicher gelten, daß, falls die Verlängerung der Waffenruhe oder ein Waffenstillstand nicht zu Stande kommt, die Blokade unverzüglich wieder eintreten wird, und zwar ohne daß den neutralen Schiffen eine Frist gegeben wird, um die blokirten Häfen zu verlassen. „Dagbladet" vom 4. zufolge sind Blauenfeldt und dessen Sohn aus der Gefangenschaft entlassen worden und in Sonderburg angekommen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 31. Mai. (Nat.-Ztg.) Ueber die Reise des Kaisers und der Kaiserin ist nun folgendes Programm festgestellt: Am Dienstag 26. Mai (7. Juni) Abreise von hier; es wird in Dünaburg übernachtet, wo ein Bauderium Edelleute u. s. w. das kaiserliche Paar begrüßt. Mittwoch wird in Königsberg übernachtet, und die Ankunft in Potsdam erfolgt Donnerstag Abend. Der Aufenthalt daselbst dauert 24 Stunden, worauf am Sonnabend die Reise nach Darmstadt fortgesetzt wird; dort kommt das Kaiserpaar am Abend desselben Tages an und verweilt bis Dienstag früh; am Abend desselben Tages (14. Juni) erfolgt die Ankunft in Kissingen. — Weiter vernehme ich, daß der Kaiser nach kurzem Aufenthalt von Kissingen hieher zurückkehrt, während die Kaiserin nach gebrauchter Kur daselbst sich in die Schweiz begibt, von wo sie dann im Herbst der Kaiser wieder abholen wird.

Ein kaiserl. Dekret verfügt die Herabsetzung von 60 auf 30 Kopeken pr. Pud des Ausfuhrzolles auf Lumpen. Die Ausfuhr dieses Artikels ist bekanntlich nirgends ganz frei, und die jetzige Maßregel ist immerhin eine dankenswerthe, da auch unsere Papierfabrikanten über bevorstehenden Ruin klagen, wenn die Ausfuhr der Hadern erleichtert wird. Zugleich ist die heutige Maßregel als ein Vorläufer der gänzlichen Abschaffung des Ausfuhrzolls bei den meisten übrigen Artikeln anzusehen.

St. Petersburg, 4. Juni. Die deutsche „Petersburg. Ztg." veröffentlicht folgende offiziöse Mittheilung: Das Vorgehen Kusa's ist ungesetzlich und verstößt gegen die Konvention von 1858. Aenderungen der Verfassung bedürften der Zustimmung des Suzeräns.

Großbritannien.

* **London,** 3. Juni. Ueber die gestrige Konferenzsitzung läßt sich vorerst Folgendes mittheilen:

Die Sitzung währte von 1 bis nahe an 5 Uhr, und sämmtliche Bevollmächtigte waren anwesend. Die Vertreter Dänemarks verhielten sich beinahe ganz passiv und deuteten blos an, daß die von den Neutralen gestellten Vermittlungsanträge ohne vorhergehende wesentliche Modifikationen kaum annehmbar seien. Die Diskussion bewegte sich sodann ausschließlich zwischen den Vertretern der neutralen und der deutschen Mächte. Letztere verwarfen zwar den Vorschlag auf Theilung Schleswigs nicht, beantragten aber, gleich den Dänen, bedeutende Modifikationen desselben. Sie hielten am Augustenburger fest, und mit großer Entschiedenheit verwarfen sie die Zumuthungen Earl Russell's in Betreff Kiels und Rendsburgs. Schließlich wurden die Anträge der neutralen Mächte unter Vorbehalt ad referendum genommen. Endlich kam die Waffenstillstands-Verlängerung zur Diskussion, und es wurde der Antrag gestellt, vorläufig eine Vorlängerung auf 14 Tage eintreten zu lassen. Auch dieser Antrag wurde zuletzt ad referendum genommen, worauf sich die Konferenz bis zum nächsten Montag 6. d. vertagte.

Aus den englischen Blättern ist über die gestrige Konferenzsitzung eben so wenig Bestimmtes zu erfahren, wie dies bei den frühern Sitzungen der Fall war, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß sie nicht unterrichtet seien. Aber deutlich spiegelt sich in ihren Leitartikeln die Stimmung des Tages ab, und aus der Stimmung läßt sich zuweilen der Gang der Dinge errathen. Die „Times" sagt heute im Wesentlichen:

Es liegt im europäischen Staatensystem doch ein wirklicher Schutz gegen das äußerste Unrecht. Den besten Beweis dafür liefert die offenbare Keckheit schwacher Staaten. Vor 100 oder noch weniger Jahren hätte das kleine Königreich Dänemark in wirklicher Gefahr geschwebt. Aber heutzutage wissen die Dänen, daß selbst das nichtintervenirende England und das nicht sympathisirende Frankreich nimmer zugeben können, daß ihr Land aus der Reihe der Staaten gestrichen werde. Sie können Viel, aber sie können nicht Alles verlieren. Wo die angeblich deutschen Provinzen ein Ende haben, da muß auch die dauernde Eroberung der deutschen Mächte Halt machen. Das muthherzige Volk der Dänen wird daher wahrscheinlich der Konferenz viel zu schaffen geben. Unter allen Regierungen, mit denen die neutralen Friedensstifter zu thun haben, zeigt die dänische am meisten Hartnäckigkeit. Nach allen Berichten ist die Stimmung in der dänischen Hauptstadt kriegerischer als jemals. Das Volk will noch einmal das Kriegsglück versuchen, und die Presse spricht mit Leidenschaft gegen den englischen Vermittlungsvorschlag. Und das Thun der Regierung straft den Ton der Presse nicht Lügen. Den Forderungen einer im Augenblick unwiderstehlichen öffentlichen Meinung gehorchend, haben die dänischen Minister angezeigt, daß sie den vorgeschlagenen Kompromiß verwerfen. (?) Unter diesen Umständen brauchen wir nicht erst zu sagen, daß die Verhandlungen der gestrigen Konferenz sich durch keinen sehr erfreulichen Fortschritt ausgezeichnet haben. Wir glauben, daß dies von Niemanden mehr als von den Vertretern der kriegführenden Mächte bedauert wird. Es wäre ungerecht, von diesen Verhandlungen zu sprechen, ohne dem Fleiß, der Zuvorkommenheit, dem offenbaren guten Willen und der Aufrichtigkeit aller Mitglieder die verdiente Achtung zu zollen... Aber bis jetzt ist dies Alles ohne entscheidende Wirkung geblieben. Die Regierungen scheinen ihre Vertreter als bloße Delegirte anzusehen, und keine hat ihre Abgesandten mehr gebunden, als die Regierung von Kopenhagen. Hr. v. Quaade und Hr. Krieger konnten eben nur den Willen der heimischen Minister erklären und anzeigen, daß dieselben entschlossen sind, einen Kompromiß wie den am 28. Mai vorgeschlagenen zu verwerfen. . . Aber man hofft, daß die Neutralen in der nächsten Zusammenkunft, am 6., im Stande sein werden, so genügende Gründe für den Kompromiß anzugeben, daß Preußen und Dänemark sich bewogen fühlen werden, ihn nicht nur als Basis weiterer Unterhandlungen, sondern als Grund für die Verlängerung des Waffenstillstandes anzunehmen. . . Wir haben nur noch abermals hervorzuheben, wie dringend nothwendig es ist, diese unglückselige Frage auf die allein mögliche Weise — durch einen Kompromiß — zu erledigen. Alle Theile in Deutschland haben gewonnen, was sie wünschten, als sie den Krieg anhuben. . . Was Dänemark betrifft, so hat seine Regierung zu erwägen, ob es ihr Vortheil bringen kann, abermals einen Kampf einzugehen, von welchem ganz Europa wissen wird, daß sie ihn gesucht hat, und in welchem die bisher bewiesene Sympathie ihr folglich fehlen dürfte.

Amerika.

* **Neu-York,** 2. Juni. Im „Richmond. Examin." vom 13. v. heißt es: „Der Feind hat seine Kräfte in Virginien konzentrirt, und hier geschlagen, ist er überall geschlagen. Bleibt er hier Sieger, so ist er Sieger aller Orten. Geht

Virginien den Südstaatlichen verloren, so wird die gegenwärtige Organisation des Südbundes den Schlag wahrscheinlich nicht überleben. Himmel und Erde rufen wir der Regierung zu, alle Truppen in's Feld zu stellen, die sie nur aufbringen kann."

Einer Korrespondenz des „Neu-York-Herald" zufolge ist Butler's Stellung in seinen Verschanzungen bei Bermuda Hundred eine durchaus gegen jeden Angriff gesicherte; Butler's Zweck bei seinem Vorgehen von City Point aus sei eine Diversion zu Gunsten Grant's gewesen, und der General habe dies vollständig ereicht.

Badischer Landtag.

† Karlruhe, 4. Juni. 17. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Regierungskommissäre: die HH. Staatsminister Dr. Stabel, Staatsrath Dr. Lamey, Staatsrath Vogelmann, Ministerialrath Regenauer.

Vom hohen Präsidium wird nach Eröffnung der Sitzung Geh. Rath v. Mohl als neu eintretendes Mitglied beeidigt.

Der durchlauchtigste Präsident theilt sodann mit, daß Frhr. v. Göler wegen Krankheit um längern Urlaub gebeten habe, und gibt ferner Kenntniß von einigen Mittheilungen der Zweiten Kammer.

Vom Sekretariat werden vorgelegt:

1. Beitrittserklärungen zur Petition des Ausschusses zur Betreibung der Angelegenheit der Kinzigthal-Bodensee-Bahn von den Gemeinden Nordrach, Oberharmersbach, Ohlsbach, Unterharmersbach, Zell a. H.

2. Petitionen der Vertreter und vieler Bewohner der Städte Gengenbach, Haslach, Tryberg, die baldige Einführung der Schulreform betr.

3. Eingabe mehrerer Einwohner Donaueschingens, womit eine bei großh. Staatsministerium eingereichte Petition, die Schulreform betr., zur Kenntnißnahme vorgelegt wird.

Dennig erstattet hierauf Bericht über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung im Monat Juni betr. Die Kommissionsanträge auf Berathung in abgekürzter Form und Genehmigung werden ohne Debatte angenommen.

Das Haus schreitet sodann zur Berathung des Berichts des Hofraths Dr. Schmidt über die Motion des Geh. Raths Dr. Bluntschli, die Reorganisation der Ersten Kammer betr.

Hofrath Dr. Schmidt: Unsere Verfassung ist der Hauptsache nach noch heute dieselbe, wie im Jahr 1818, als sie gegeben wurde. Wir können auf diese Thatsache mit großer Befriedigung sehen; sie hat sich in den Stürmen der Zeit als ein tüchtiges stahlgepanzertes Schiff bewährt, und wir werden unsererseits keinen Grund haben, irgendwie an diesem klaren und einfachen Grundgesetz zu rütteln.

Aber wenn wir auch so im Allgemeinen von der Anerkennung ihrer Vortrefflichkeit ausgehen, so gibt es doch, so wenig es einen ewigen Frieden gibt, ewige menschliche Gesetze.

Alle Gesetze sind Produkte ihrer Zeit, sie sind vortrefflich, wenn sie den Bedürfnissen ihrer Zeit entsprechen; aber sie müssen mit den wechselnden Bedürfnissen selber wechseln, und unsere Verfassung betrachtet sich selbst als etwas dem Wechsel Unterworfenes, indem sie die Bedingungen ihrer Abänderung angibt: sie sind der Art, daß nur mit Vorsicht, und nur wo es nothwendig ist, eine Abenderung geschehen soll.

Ihre große Klarheit und Einfachheit bewährt unsere Verfassung insbesondere in der Art der Zusammensetzuug der beiden Kammern. Während in den meisten andern deutschen Staaten in beiden Kammern, namentlich der Zweiten, ein ziemlich unklares Gemisch von aristokratischen und demokratischen Elementen sich vorfindet, ist bei uns mit vollkommener Klarheit geschieden und der Zweiten Kammer das demokratische, der Ersten Kammer das aristokratische Prinzip zu Grunde gelegt.

In Betreff der Zweiten Kammer ist seitdem nur insoweit geändert worden, als 1831 — indirekt durch das neue Gemeindegesetz — das Wahlrecht, und 1849 direkt die Wählbarkeit erweitert worden ist.

Bei der Ersten Kammer dagegen ist gar keine Aenderung eingetreten; sie ist in der Hauptsache noch ganz wie im Jahr 1828, sie beruht wesentlich auf dem aristokratischen Prinzip. Doch ist ihre Zusammensetzung nicht ganz so glücklich, als die der Zweiten Kammer. Es ist überhaupt schwierig, in einem kleinen Staat die Erste Kammer richtig und politisch glücklich zusammenzusetzen, und während, wenn es sich um ein deutsches Parlament handelte, wir eine Erste Kammer herstellen könnten, wie kein anderes Land Europa's — in einem kleinen Staat wird die Zusammensetzung der Ersten Kammer immer etwas Willkürliches und Zufälliges an sich tragen. Unsere Ersten Kammern sind fast insgesammt gebildet in einer Uebergangszeit, wo die Reste des ehemaligen Deutschen Reichs noch als Grundelemente betrachtet wurden, während sie doch den neuern Organisationen Deutschlands gegenüber nicht mehr die alte Bedeutung als solche hatten und gleichzeitig in der Gesellschaft Veränderungen vor sich gegangen waren, durch welche Elemente einer neuen jungen Aristokratie sich bildeten, die vor 50 und mehr Jahren allerdings noch weit im Hintergrund standen.

In der Ersten Kammer selbst wurden bei Gelegenheit der Anträge des Frhrn. v. Andlaw 1833 und des Frhrn. v. Göler 1841 ziemlich übereinstimmende Ansichten ausgesprochen, daß sie einer Aenderung bedürfe, und die gegenwärtige Motion zeigt, daß die Zeit der Umänderung gekommen sei.

Es ist ein solcher Umstand bei allen politischen Dingen vorzüglich gut; denn politische Neuerungen darf man nicht machen nach Laune und momentanen Einfällen, nach Theorien und Gedankenspielen, die heute auftauchen, um morgen unterzugehen; sie sollen vielmehr in den Anschauungen der Nation begründet sein und als eine reife Frucht zuletzt der Gesetzgebung anheimfallen. In diesem Sinn ist es doppelt anzuerkennen, daß die Motion auf die Thatsache gegebener Verhältnisse sich stellt, und nur die Frucht, die im Wachsen begriffen war, zeitigte. Ihre Kommission, zusammengesetzt aus den verschiedenen Elementen, aus denen dieses hohe Haus gebildet ist, war der Ueberzeugung, daß eine Aenderung nöthig sei, und sie war über die Art derselben im Ganzen gleichfalls vollkommen einverstanden, wenn auch über das Detail manchmal verschiedene Ansichten sich aussprachen. Doch gingen diese nie so weit auseinander, daß ein Minoritätsantrag gestellt wurde.

Ich bin überzeugt, daß derselbe Geist der Einmüthigkeit auch die heutigen Berathungen leiten werde, denn die Bedeutung unserer heutigen Abstimmung liegt vorzugsweise darin, daß sie mit Einmüthigkeit geschehe; es handelt sich ja jetzt nicht um Aenderungen der Verfassung selber, sondern um das moralische Gewicht, das wir in die Wagschale legen, damit die Aenderung erfolge.

Graf Berlichingen: Nachdem auf dem vorigen Landtage 24 Mitglieder dieses hohen Hauses zu Protokoll erklärten, sie hielten eine Reorganisation dieses hohen Hauses für wünschenswerth und nothwendig, und auch einzelne Bestimmungen hervorhoben, so glaubte ich, die großh. Regierung werde auf diesem Landtag eine hierauf bezügliche Vorlage machen. Nachdem dies nicht geschehen, so war es meine Absicht, diesfalls eine Anfrage an die großh. Regierung zu richten; ich wurde aber durch ein längeres Unwohlsein zu Beginn dieses Landtages daran verhindert, und mein verehrter Herr Nachbar (Bluntschli) kam mir mit seiner Motion zuvor, und wir sind ihm gewiß Alle sehr dankbar, daß er sich dieser mühsamen und schwierigen Arbeit unterzog. Wenn jedoch der Hr. Minister des Innern sich veranlaßt fand, gelegentlich der Motionsbegründung seinen Dank dafür auszusprechen, daß die Initiative zur Reorganisation von einem Mitglied dieses hohen Hauses selbst ausging, so muß ich diesen Dank zunächst für zwei Abgeordnete des grundherrlichen Adels in Anspruch nehmen, die bereits, wie der Herr Vorredner schon bemerkte, vor 15 und 20 Jahren Motionen in ähnlichem Sinne stellten. Daß sie keinen Erfolg hatten, ist nicht die Schuld dieses hohen Hauses gewesen. Ich führe dies nur an, um zu konstatiren, daß die Grundherren jederzeit jedem vernünftigen Fortschritt zugethan waren, und speziell hier in Bezug auf einen Ausdruck in der Motion. Gewiß hat der würdige Ton, in dem die Motion gehalten, alle Anerkennung gefunden; allein ein Ausdruck hätte ich gewünscht, daß er weggeblieben wäre, nämlich der, daß mein Hr. Nachbar unsern historischen Traditionen, was gleichbedeutend ist mit uns selbst, kein anderes Denkmal als ein Grabdenkmal setzen will. Ich bin überzeugt, hätte der Hr. Motionssteller die Geschichte der Reichsritterschaft durchgegangen, er würde gewiß ein würdigeres und passenderes Denkmal gefunden haben. Ich will ihm nicht die beinahe 60jährige — ich möchte sagen — Leidensgeschichte der Reichsritterschaft herrecitiren, sondern mich darauf beschränken, einzelne Momente hervorzuheben. Vor Allem muß ich bemerken, daß die Reichsritterschaft nicht bedingungslos, sondern nur bedingungsweise unter badische Hoheit kam. Die Erfüllung der Bedingungen blieb aber allerdings meistens auf dem Papier. Im Jahr 1813 erschien die auch im Kommissionsbericht erwähnte landesherrliche Verordnung, wornach die Gerichtsbarkeit mit Vortheil und Lasten an den Landesherrn überzugehen hatte. Die Vortheile nahm er uns, aber die Lasten ließ er uns zum Theil. Diejenigen der Reichsritterschaft, die es endlich satt bekamen, der Spielball reinster Willkür zu sein, und vor den Landesherrn traten, um ihn an seine eingegangenen Verpflichtungen zu erinnern, wurden ihrer Titel verlustig erklärt. Diejenigen, die im Militärdienst standen, wurden kassirt, die im Zivil-Staatsdienst waren, wurden entlassen. Das war die Antwort auf eine gerechte Beschwerde. Im Jahr 1818 endlich starb der höchstselige Großherzog Karl, und man fing an, den Wünschen der Ritterschaft ein geneigteres Gehör zu geben, und so kam nach langen Unterhandlungen endlich die Deklaration vom Jahr 1824 zu Stande.

Daß diese Deklaration vielfache Anfeindungen erlitt, wundert mich nicht, weil sie mitunter Bestimmungen enthält, auf die ich persönlich keinen Werth lege, die aber im großen Publikum eine gewisse Gereiztheit hervorriefen.

Es kam die Zeit der Ablösungen. Wenn sie auch für die Berechtigten nicht vortheilhaft waren, so will ich sie doch mit Stillschweigen übergehen, weil ich Gott danke, daß überhaupt abgelöst und der Verlust auch verschmerzt ist.

Daß die Forderungen der Ritterschaft keine unbilligen waren, kann zum Theil daraus hervorgehen, daß, um Dasjenige zu erreichen, was der allgemein anerkannte Gerechtigkeitssinn des dermaligen Hrn. Ministers des Innern ablöste, nämlich die Befreiung von gewissen Gemeindelasten, man wiederholt sich beim Bund beschweren mußte.

Daß wir überhaupt nicht finanziell ruinirt sind, ist in der That nicht der väterlichen Fürsorge der damaligen Regierungen zu danken, denn die Erhaltung unseres Eigenthums wurde uns so sauer als möglich gemacht, und wir waren bei jeder Gelegenheit, ich möchte fast sagen, zu Sündenböcken auserkoren bis in's Jahr 1848.

Nun wird man fragen, wie es möglich war, daß man mit einer Korporation, die ein so kolossales Steuerkapital repräsentirt und zu allen Zeiten ausgezeichnete Männer in ihrer Mitte zählte, so rücksichtslos verfahren konnte? Ich will es mit zwei Worten sagen: die Grundherren war immer loyal und leichtgläubig. Hätten sich die Grundherren an die Spitze der radikalen Bewegung gestellt, nie und nimmermehr würde man es gewagt haben, so rücksichtslos gegen sie zu verfahren. Allein sie glaubten zu allen Zeiten die festeste Stütze des Thrones und der Regierung sein zu sollen; man war daher ihrer sicher und hatte nichts zu riskiren, als höchstens eine Beschwerde beim Bunde. Nie trat ein Regierungswechsel ein, bei dem den Grundherren nicht Versprechungen gemacht wurden; allein sie blieben stets unerfüllt.

Auf früheren Landtagen war es anders; die Standesherren erschienen zahlreich, und man hatte Mittel und Wege, manche Gesetze fallen zu lassen; allein die Grundherren, treu ihrem Eide, hatten stets nur das allgemeine Beste vor Augen und stimmten jedem Gesetze zu, auch wenn es ganz gegen ihren Vortheil war. Zu allen Zeiten brachten die Grundherren dem allgemeinen Besten Opfer, und auch heut durch die vorliegende Motion gewinnt Alles im Lande, nur die Grundherren ganz allein verlieren. Allein wir stimmen zu, weil wir die Reorganisation im Interesse des Landes halten.

Wohl hat das Land Ursache, den Grundherren ein Denkmal zu setzen, allein ein Denkmal des Dankes; statt dessen aber möchte man uns jetzt — nach dem Ausdruck der Motion — gar noch bei Lebzeiten begraben. Man braucht noch unsere Abstimmung und möchte uns dann den Grabstein setzen. Wenn dies richtig wäre, so wüßte ich in der That keine passendere Inschrift auf den Grabstein, als den: Die Mohren haben ihre Schuldigkeit gethan, darum konnten sie gehen.

Allein wie gesagt, wir haben uns ein anderes Denkmal verdient, und wenn wir nicht jeden Schwindel mitmachen und den Mantel jeweils nach dem Winde hängen, so kann uns das nur zur Ehre gereichen. Es wird dies auch bei den künftigen Großgrundbesitzern nicht anders sein. Unser Besitz bringt dies eben mit sich, weil er unbeweglicher ist. Wir sehen dies im Kleinen auch bei unserer ländlichen Bevölkerung. Es heißt immer, sie nähme kein Interesse an Diesem oder Jenem; allein dem ist nicht so. Sie nimmt schon Interesse; allein sie prüft 10 mal, ehe sie zuschlägt, weil sie weiß, daß sie bei verunglückten politischen Experimenten, als die Höchst- und Meistbesteuerten, schließlich die Zeche bezahlen muß.

Was die Motion selbst anbelangt, so werde ich ihr nach den von der Kommission vorgenommenen Modifikationen zustimmen, weil ich den Inhalt für zeitgemäß halte, und dem hohen Hause auch für die Folge der Einfluß gesichert sein wird, der ihm gebührt.

Wohl hat die Motion mannigfachen Widerspruch unter meinen Standesgenossen hervorgerufen, allein ich hoffe, die Herren werden sich nach Durchlesung des trefflichen Kommissionsberichts des Hrn. Hofraths Schmidt beruhigen; sollte aber der Widerspruch fortdauern oder noch zunehmen, so ist es wohl natürlich, daß wir unsere Sitze in diesem hohen Hause verlassen. Wir haben die Verpflichtung, die Interessen Aller — also auch der Grundherren, zu schützen, und wenn uns dies nach der Ansicht unserer Komittenten nicht gelingt, so werden wir zurücktreten; denn es ist uns nicht zuzumuthen, mit ihnen in Streit zu gerathen. (Fortsetzung folgt.)

†† Karlsruhe, 6. Juni. 54. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Mathy; Ministerialrath Muth.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte aus Stadt und Dorf Kehl, die Verlegung des Amtssitzes betreffend.

2) Bitte der Gemeinden Ihringen, Wasenweiler und Gottenheim, die Erbauung einer Eisenbahn von Freiburg nach Breisach betreffend; übergeben vom Abg. Knies.

3) Bitte von Donaueschingen und 60 weiteren Gemeinden um Beschleunigung der Schulreform; übergeben vom Abg. Kirsner.

4) Bitte der Gemeinde Haslach in demselben Betreff; übergeben vom Abg. Gerwig.

5) Bitte der Gemeinde Neudingen in demselben Betreff; übergeben vom Abg. Kirsner.

Abg. Krausmann erhält wegen Krankheit Urlaub.

Abg. Pickford zeigt den druckfertigen Bericht über das Bankgesetz, Abg. Kuntz den über die Etappenkonventionen an.

Im Lauf der Sitzung tritt, wie wir hier vorausbemerken, der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey, in den Saal und macht der Kammer folgende Vorlagen:

1) Einen Gesetzentwurf über die Aufsichtsbehörden der Volksschulen. Zum Regierungskommissär für diese Vorlage ist Oberschulraths-Direktor Knies ernannt. Der Hr. Ministerialpräsident bemerkt dabei, es seien dem Hause die Verhältnisse bekannt, welche die Regierung bisher verhindert haben, das Gesetz über die Volksschulreform vorzulegen. Inzwischen habe die Regierung geglaubt, vor Allem einen Gegenstand ordnen zu müssen, den der Aufsicht über die Volksschule, und zwar aus zwei Gründen: einmal entspreche der jetzt bestehende Zustand nicht dem Ansehen und der Würde der Regierung, anderntheils werde durch die Vorlage sich ergeben, in welchem Geist die Regierung die Schulreform durchzuführen gedenke und wie ungerecht die ihr gemachten Vorwürfe seien.

2) Einen Gesetzentwurf über verschiedene Abänderungen in der Stempel- und Sportelgesetzgebung in Verwaltungssachen. Regierungskommissär Ministerialrath Schwarzmann.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Röder erstatteten Berichts über das außerordentliche Budget des Handelsministeriums für 1864 und 1865.

Es werden im Ganzen gefordert 1,147,470 fl., und zwar aufrecht zu erhaltende Kredite 177,355 fl., neue Anforderungen 970,115 fl. Dieselben vertheilen sich auf folgende Posten:

Tit. I. Ministerium. Für die Landesstatistik, Fortsetzung der geologischen Aufnahme des Landes 6000 fl.

Tit. II. Für Beförderung der Gewerbe und des Handels, für Einrichtung einer Landes-Gewerbehalle 5000 fl.

Tit. III. Für Beförderung der Landwirthschaft, nämlich für Bauherstellungen in der landwirthschaftl. Gartenbauschule zu Karlsruhe 15,000 fl.

Tit. IV. Wasser- und Straßenbau. Bezüglich der neuen Anforderungen bemerkt die Kommission:

„Wir halten es für wünschenswerth, daß für die Zukunft, wo dies thunlich ist, nur derjenige Betrag in Anforderung gebracht werde, welchen, unter Berücksichtigung der festgestellten Beiträge der Gemeinden und sonstigen Betheiligten, die Staatskasse zu zahlen hat.

Um jedoch für die gegenwärtige Budgetperiode keine Schwierigkeiten zu bereiten, stellt Ihre Kommission den Antrag, die geforderte Summe für Straßenbau und Flußbau unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß

1) die Bauten nicht früher begonnen werden, ehe der Beitrag der Gemeinden festgestellt und für deren Flüssigmachung gesorgt ist;

2) daß die Geldbeiträge der Gemeinden in die Staatskasse fallen, sowie die Naturalbeiträge an dem Voranschlag in Abzug kommen; dagegen jede etwaige Ueberschreitung des Bauaufwandes wie seither der besondern Genehmigung des großh. Staatsministeriums bedarf."

Die weiteren Posten, welche sämmtlich nach einzelnen Bemerkungen genehmigt wurden, werden wir nachtragen.

†† Karlsruhe, 6. Juni. 55. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 7. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget großh. Justizministeriums für 1864 und 1865 — Tit. V. Rechtspolizei —; erstattet von dem Abg. Prestinari.

Vermischte Nachrichten.

— Wien, 2. Juni. (A. Ztg.) Die HH. Etienne und Friedländer, welche wohl zu den ausgezeichnetsten und gewandtesten Federn in unserer Tagesliteratur gehören, und seit einer Reihe von Jahren das Zang'sche Blatt, die „Presse", redigirten, haben dem Eigenthümer desselben gekündigt, und treten mit dem 31. August von der Redaktion der „Presse" zurück. Die beiden sehr geachteten und beliebten Schriftsteller beabsichtigen schon vom 1. September an, wie es heißt mit sehr bedeutenden Geldmitteln, ein neues Journal herauszugeben. Das neue Blatt wird, wie es scheint, ein vollkommen unabhängiges sein.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

4. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,20'''	+12,5	S.W.	schw. bew.	Sonnensch., mild
Mittags 2 „	„ 9,03'''	+18,5	„	stark „	Sonnenbl., warm
Nachts 9 „	„ 9,80'''	+13,5	„	„ „	trüb, mild
5. Juni.					
Morgens 7 Uhr	27" 10,30'''	+13,5	S.W.	stark bew.	Sonnenbl., mild
Mittags 2 „	„ 10,53'''	+18,0	„	„ „	„ Strichregen
Nachts 9 „	„ 10,70'''	+11,5	„	schw. „	sternhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.353. Gerlachsheim. Heute starb meine liebe Frau Magdalena, geborne Kretzschmann, nach längerem Krankenlager; wovon ich ferne Freunde und Bekannte mit der Bitte um ihre Theilnahme hiemit benachrichtige.

Gerlachsheim, den 2. Juni 1864.

Pfister, Kassier.

Todesanzeige.

Z.k.379. Karlsruhe. Gestern Abend 7 Uhr starb unser innigst geliebter Gatte, Bruder und Schwager, Banquier David Homburger, 57 Jahre alt, nach längerem, schwerem Krankenlager. Freunden und Bekannten theilen wir diese Trauernachricht mit der Bitte um stille Theilnahme mit.

Karlsruhe, den 6. Juni 1864.

Die Hinterbliebenen.

Z.k.356. Lahr.

Lahrer Eisenbahngesellschaft.

Einladung.

Auf den Grund der am 7. März d. J. beschlossenen Statuten, wovon jedem der Herren Aktionäre ein Abdruck mitgetheilt wird, laden wir dieselben zu einer Generalversammlung auf

Montag den 13. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr,

in den hiesigen Rathhaussaal ein.

Gegenstände der Berathung sind:

1) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsraths;
2) Wahl der in §. 6 der Statuten vorgesehenen Kommission zum Abschlusse des Betriebsvertrags;
3) Wahl eines technischen Leiters behufs Aufstellung der nöthigen Vorarbeiten für die nach §. 23 Ziff. 9 später stattzufindende Beschlußfassung.

Lahr, den 1. Juni 1864.

Im Namen des Gründungs-Komite's:

Bittmann, Bürgermeister.

Omnibusfahrt zwischen Bühl und dem Hub-Bad.

Abgang von der Station Bühl 2 Uhr 42,
dto. vom Rebstock 3 Uhr —.
Retour von der Hub 7½ Uhr.

Z.k.299. **Hausling.**

Z.k. 376. **Bad Antogast im Renchthale**

ist wieder eröffnet.

Die Mineralquelle Antogast hat vor andern Eisensäuerlingen voraus, daß das Wasser wegen seiner niedern Temperatur und seiner günstigen Zusammensetzung sehr angenehm schmeckt und von dem schwächsten Magen gut ertragen wird.

Reich an Kohlensäure und Eisen eignet sie sich vorzüglich für Blutarmuth, namentlich Bleichsucht, Nervenschwäche, Verdauungsstörungen, Mutterkrankheiten 2c.

Wegen ihrer reichen Menge an doppeltkohlensaurem Natron befördert sie Ausscheidungen und eignet sich deßhalb auch sehr gut für chronische Katarrhe der Respirationsorgane und des Verdauungsapparates mit Sauerbildung und ganz besonders beim Blasenkatarrh.

Durch die hohe und geschützte Lage des Kurorts bei der reinen erfrischenden Gebirgsluft werden die Kurzwecke wesentlich unterstützt.

Fichtennadelbäder, sowie Molken werden täglich frisch bereitet.

Die Fahrgelegenheiten werden als bekannt vorausgesetzt.

Antogast, den 4. Juni 1864.

Gg. Huber, Badeigenthümer.

Arbeitergesuch. Z.k.382. Karlsruhe. Mehrere gute **Modellschreiner, Maschinenschlosser, Former** und **Kesselschmiede** finden dauernde Beschäftigung bei der **Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.**

Z.k.380. Mannheim.

Gesuch.

In ein hiesiges **Hotel** wird ein **Lehrling** gesucht. Näheres zu erfahren bei der Exped. der Karlsr. Ztg.

Stellegesuch. Z. k. 288. Ein junger Mann, der bereits 8 Jahre als Heizer und Maschinenwärter diente und die besten Zeugnisse aufweisen kann, wünscht eine ähnliche Stelle. Offerten unter A B befördert die Expedition dieses Blattes.

Z.k.298. Heidelberg.

Zu verkaufen.

Ein noch wenig gebrauchter Omnibus, 10- bis 12sitzig, ohne Coupé; ferner eine Droschke.

Großh. Poststallmeisterei Heidelberg.
Fuhrbach.

Z.k.323. Kehl a. Rhein.

Ankündigung.

Aus der streitigen Masse des J. M. Baer in Bruchsal wird am

Dienstag den 7. Juni, Morgens 9 Uhr

anfangend, in dem Magazin des Spediteurs **Karl Schwarzmann** in **Kehl a. Rhein** eine Parthie von

circa 200 Centner alte u. neue Hopfen

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert; wozu die Kaufliebhaber eingeladen werden.

Der Massepfleger
Karl Schmidt.

In Kommission der **G. Braun**'schen **Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Schiffart, Flößerei und Fischerei

auf dem Oberrhein

(Schaffhausen-Basel),
sowie:
Geschichte der alten Schiffergesellschaften
genannt
„Rhein-Genossenschaft" und „Laufenknechte".
Mit Beigabe der darauf bezüglichen Urkunden.
Bearbeitet
von
J. Vetter,
Registratur-Assistent bei der Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.
Preis 1 fl. 48 kr.

Inhalts-Anzeige.

I. Theil. Allgemeines. 1. Einleitung; 2. Der Rhein zwischen Schaffhausen und Basel; 3. Die Flößerei auf dem Oberrhein; 4. Die Fischerei auf dem Oberrhein.

II. Theil. Die Rheingenossenschaft. 1) Maienbrief von 1587; 2) Maienbrief von 1767; 3) Maienbrief oder Neue Ordnung von 1808; 4) Flotzkehr-Ordnung von 1808; 5) Erläuterung und Nachtrag dazu von 1837; 6) Wochengefährt-Ordnung von 1808; 7) Steinfuhr-Kehr-Ordnung von 1808; 8) Büchsengeld-Ordnung von 1808; 9) Maiengerichte; 10) Rheinvögte; 11) Meister, Knechte, Lehrlinge; 12) Erträgniß der Flößerei; 13) Zusammenstellung der Strafbestimmungen; 14) Fischerei der Rheingenossenschaft.

III. Theil. Laufenburg-Säckingen. 1. Das Schiffart- und Flößereirecht der Laufenburger Schifferschaft (Laufenknechte). 1) Brücken- und Wasserzoll; 2) Der Lauffenknechte Ordnung; 3) Der Karrer (Fuhrleute) Ordnung; 4) Rheinzoll für Schiffe und Waaren; 5) Vertrag von 1437 über das Durchlassen und Verführen der Schiffe und Flötze 2c.; 6) Vertrag zwischen Laufenburg und Basel wegen der Schiffart. 1438; 7) Ebenso von 1655; 8) Ebenso von 1732; 9) Ebenso zwischen Laufenburg und Luzern. 1450; 10) Ebenso zwischen Laufenburg und Zürich. 1747; 11) Schiffer-Ordnung von 1812. 2. Fischerei bei Laufenburg. Haupturkunden: 1) Entscheid über die Rheinfischerei zwischen dem Stift Säckingen und der Stadt Laufenburg. 1275; 2) Hauptvertrag des Stifts Säckingen über die Fischerei zu Laufenburg. 1347; 3) Verpfändung der Fischerei zu Laufenburg durch Graf Rudolf von Habsburg an die dortige Stadt. 1363; 4) Ordnung der Waidleute, Wagknechte und Fischer zu Laufenburg; 5) Vertrag zwischen dem Stift Säckingen und der Stadt Laufenburg über die Fischerei. 1596; 6) Bestimmung über die Vertheilung der Fische unter die Bezugsberechtigten; 7) Lehenrevers über die Laufenburger Fischerei von 1771. 3. Die Stanggarnfischerei zwischen Säckingen und Laufenburg: 1) Vertrag von 1438, bezw. 1567; 2) Vertrag von 1521. 4. Die Fischereiberechtigung der Säckinger Fischer.

IV. Theil. Fischerei oberhalb Laufenburg. 1) Vergleich über die Rheinfischerei von der Laufenburger Brücke bis zum Einfluß der Ar. 1523; 2) Vertrag über die Fischerei im Rhein, der Ar, Limat, Wutach 2c. 1598.

V. Theil. Rheinüberfahrten zwischen Basel und Laufenburg.

VI. Theil. Strompolizei.

Z.k.285. Offenburg. In der heutigen Generalversammlung der Gesellschaft

Spinnerei und Weberi Offenburg

sind auf Antrag des Aufsichtsrathes folgende Beschlüsse gefaßt worden:

1) Festsetzung der Dividende fürs Jahr 1863 auf 5% oder 35 fl. für die Aktie, fällig vom 30. Juni d. J. an		42000 fl. — kr.
2) Ueberweisung auf den Tilgungs-Conto für 1864		8500 fl. — kr.
3) Beitrag zur Unterstützungskasse für die Arbeiter		442 fl. 44 kr.
4) Uebertrag auf neue Rechnung des Gewinn- und Verlust-Conto zu Gunsten des Jahres 1864		21000 fl. — kr.
5) Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrathes.		
Total		71942 fl. 44 kr.
Diese haben sich gebildet aus dem Reingewinn von 1863	63279 fl. 45 kr.	
abzüglich der statuten- und vertragsmäßigen Tantiemen	2766 fl. 24 kr.	
Rest	60513 fl. 21 kr.	
und aus den vom vorigen Jahre übertragenen	11429 fl. 23 kr.	71942 fl. 44 kr.

Außerdem wurden schon vor dem Abschlusse die statutenmäßigen Minderwerthsbeträge von dem fest angelegten Gesellschaftsvermögen mit 27936 fl. 40 kr. auf dem Tilgungs-Conto gebucht.

Die Dividende für 1863 mit 35 fl. pr. Aktie kann gegen Abgabe der 1ten Dividenden-Anweisung vom 30. Juni d. J. an bei der Gesellschaftskasse oder bei den Bankhäusern der Herren **Macaire & Co.** in **Konstanz, Gebrüder Kapserer** in **Freiburg i. Bg., Hummel & Co.** in **Kehl & Straßburg, Gebrüder Haas** in **Karlsruhe, Köster, vom Rath & Co.** in **Heidelberg, G. Langbein & Co.** in **Stuttgart, J. C. Knopf** in **Nürnberg, B. Metzler** seel. Sohn **& Co.** in **Frankfurt a. M.** und bei der **Direktion der Diskonto-Gesellschaft** in **Berlin** in Empfang genommen werden.

Offenburg, den 30. Mai 1864.

Spinnerei & Weberei Offenburg.

Z.k.369.

Bad Rippoldsau

im badischen Schwarzwalde

ist mit dem 1. Juni zur Trink- und Badekur wieder eröffnet.

Die **Mineralquellen** äußern eine das Blut- und Nervensystem stärkende, zugleich leicht eröffnende Wirkung, und haben nach vieljährigen Erfahrungen ihre Heilkraft bewährt bei Verdauungsbeschwerden, Verschleimung, Magenleiden, Hämorrhoiden, bei Bleichsucht, unregelmäßiger Periode, Schleimflüssen, bei Schwächezuständen der Geschlechtsorgane, bei langwieriger Rekonvalescenz nach vorangegangenen schweren Krankheiten.

Die neu gefaßte **Badquelle** liefert eine weitaus hinreichende Menge von kohlensaurem Mineralwasser.

Die **Erwärmungsmethode** der **Bäder** wurde in diesem Frühjahr ganz neu eingerichtet und geschieht, den neusten therapeutischen Anforderungen entsprechend, mittelst Zuleitung von **heißen Dämpfen**, wodurch das Bad in 3 bis 4 Minuten erwärmt und die wirksamen Bestandtheile desselben erhalten bleiben.

Durch diese balneotechnische Verbesserung ist Rippoldsau in die Reihe der ersten Kuranstalten getreten.

Das durch seinen schönen Landschaftscharakter ausgezeichnete Gebirgsthal mit den reich bewaldeten Höhen ist von einer Menge bequem angelegter, auch dem weniger rüstigen Fußgänger zugänglicher **Promenaden** durchschnitten.

Die erfrischende aromatische **Wald-** und **Gebirgsluft** des Kurorts bei einer geschützten Höhenlage von 2000', das kräftige, gesunde Klima, die ausgedehnten Nadelholzwaldungen üben nach dem Urtheil der Aerzte den günstigsten Einfluß auf Kranke mit erhöhter Nervenreizbarkeit und mangelhafter Blutbeschaffenheit aus.

Die **Natronsäuerlinge, Ziegenmolken, Kiefernadel-, Kohlensaure Gas-** und **Douchebäder** erweitern den Kreis der Heilmittel.

Herr Badearzt Feyerlin besorgt die ärztliche Leitung und beantwortet ärztliche Anfragen.

Reisegelegenheiten vermittelst Postomnibusse:
ab Bahnhof Offenburg durch das Kinzigthal um 1 Uhr 30 Min. Nachmittags,
ab Station Appenweier durch das Renchthal um 1 Uhr 30 Min. Nachmittags.

Rippoldsau, den 1. Juni 1864.

Fritz Göringer, Badeigenthümer.

Z.k.267. Karlsruhe.

„Imperiale",

Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft zu Paris, gegründet durch kaiserl. Dekret vom 29. März 1854.

Unter Bezug auf die in diesem Blatte erlassene Kundmachung des Inspektors der obengenannten **Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft** erklären wir uns hiemit bereit zur Entgegennahme von Versicherungs-Anträgen für dieselbe unter Zusicherung schneller und pünktlicher Bedienung und bereitwilliger Auskunftsertheilung über jeden erwünschten Punkt.

Karlsruhe, den 2. Juni 1864.

Die General-Agentur der Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft „Imperiale" zu Paris für das Großherzogthum Baden:

Roth & Zachmann.

Z.k.372. Bruchsal.

Empfehlung.

Bei Kaufmann **Karl Franz** in **Bruchsal** sind noch 100 Zentner schönes **Seegras** zu billigem Preis zu haben.

Zu vermiethen oder zu verkaufen

Z.h.125. Ein zweistöckiges Landhaus mit Balkon und 8 heizbaren Zimmern, nebst 2 Kabinetten, Küche, Keller, Waschhaus und Holzremise, mit Hof, wohlangebautem Garten und sonstigen häuslichen Bequemlichkeiten, ganz neu, auf einer kleinen Anhöhe, in sehr gesunder Lage und nur ¾ Stunden von der Eisenbahn, mit oder ohne Möbel auf längere Zeit.

Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.k.358. Rastatt.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 180 Klaftern Tannenscheitholz (badisch Maß) für die königl. preuß. Garnisonsanstalten soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungsofferten sind nach genommener Einsicht der in unserm Geschäftszimmer, Hauptstraße Nr. 146, 1 Treppe, ausliegenden Bedingungen in dem auf

Dienstag den 21. d. Mts.,
Vormittags 10 Uhr,

angesetzten Submissionstermine versiegelt, und mit gehöriger Aufschrift versehen, an uns einzureichen.

Rastatt, den 4. Juni 1864.

Königl. preuß. Garnisonsverwaltung.

Z.k.332. Nr. 1094. Lörrach.

Vergebung von Bauarbeiten.

Nachgenannte Arbeiten zur Errichtung

eines Kreisgerichts-Gebäudes in Lörrach

sollen auf schriftliches Angebot vergeben werden:

1) Die Maurerarbeit, im Anschlag zu . . . . . 15,917 fl. 40 kr.
2) die Steinhauerarbeit, im Anschlag zu . . . . . 13,920 fl. 53 kr.
3) die Zimmermannsarbeit, im Anschlag zu . . . . . 6,857 fl. 13 kr.
4) die Schmiedarbeit, im Anschlag zu . . . . . 222 fl. 15 kr.
5) die Schieferdeckerarbeit, im Anschlag zu . . . . . 1,372 fl. 12 kr.
6) die Gypserarbeit, im Anschlag zu . . . . . 3,557 fl. 51 kr.
7) die Pflästererarbeit, im Anschlag zu . . . . . 279 fl. — kr.

Pläne, Voranschlag und Uebernahmsbedingungen liegen bei diesseitiger Stelle zur Einsicht auf.

Die Angebote sind nach Prozenten des Voranschlags aufzustellen und längstens bis

14. Juni l. J., Vormittags 10 Uhr,

versiegelt und portofrei hier einzureichen.

Lörrach, den 1. Juni 1864.

Großh. bad. Bezirks-Bauinspektion.
Hemberger.

Z.k.368. Nr. 1033. Oberkirch.

Heugras-Versteigerung.

Wir werden das Heugras von den ärarischen Wiesen, wie folgt, versteigern:

1) Von 122 Morgen Gemarkung Maisebühl und Nußbach, Montag den 13. d. Mts., Morgens präzis 8 Uhr, in der Linde zu Nußbach;
2) von 53 Morgen Gemarkung Renchen und Wagshurst, Dienstag den 14. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, im Engel zu Wagshurst;
3) von 52 Morgen Gemarkung Ottenhöfen, Mittwoch den 15. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, in der Linde zu Ottenhöfen;
4) von 50½ Morgen Gemarkung Fernach und Oberkirch, Donnerstag den 16. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, in der Linde dahier;
5) von 7½ Morgen Gemarkung Kappel und Mösbach, Donnerstag den 16. d. Mts., Mittags 3 Uhr, im Pflug in Mösbach;
6) Von 156 Morgen Gemarkung Erlach und Zusenhofen, Freitag den 17. d. Mts., Vormittags 8 Uhr, in der Linde zu Zusenhofen;
7) von 80 Morgen Gemarkung Achern und Großweier, Samstag den 18. d. Mts., Vormittags 8 Uhr, in der Linde zu Großweier.

Die Wiesen sind in geeignete Loose getheilt und wird Borgfrist bis Martini l. J. bewilligt.

Oberkirch, den 2. Juni 1864.

Großh. Domänenverwaltung.
Tröger.

Z.i.98. Nr. 4696. Ettenheim. (Schuldenliquidation.) Georg Mayer, Friedrich Weber's Sohn, von Schmieheim und dessen Ehefrau Christina, geborne Wöhrle, sind Willens, mit ihren 8 minderjährigen Kindern nach Amerika auszuwandern. Ansprüche an dieselben sind bei der auf

Mittwoch den 15. d. Mts.,
früh 8 Uhr,

hiemit anberaumten Liquidationstagfahrt um so gewisser anzumelden, als sonst von hier aus zu solchen nicht mehr verholfen werden kann.

Ettenheim, den 3. Juni 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Pfister.

Z.i.115. Nr. 4064. Karlsruhe. (Aufforderung und Fahndung.) Johann Kuhm von Grünwinkel ist des Verbrechens der Körperverletzung angeschuldigt und hat sich durch die Flucht der Untersuchung entzogen. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß gefällt werden wird. Zugleich bitten wir, auf Kuhm, dessen Signalement wir beifügen, fahnden und ihn im Betretungsfall hieher gefänglich einliefern zu lassen.

Signalement des Kuhn: Größe, 5' 5" 2'''; Gesichtsfarbe, gesund; Statur, schlank; Augen, grau; Haare, blond; Nase, gewöhnlich; Barthaare, schwarz; Kinn, rund.

Karlsruhe, den 30. Mai 1864.

Großh. bad. Landamtsgericht.
Nebenius.

Z.k.244. Nr. 770. Adelsheim.

Gehilfenstelle offen.

Bei diesseitiger kombinirten Verwaltung ist die 1te Gehilfenstelle mit **500 fl.** fixem Gehalte und einigem Nebenverdienste wieder zu besetzen.

Lusttragende, welche im Rechnungswesen Tüchtiges zu leisten im Stande sind, insbesondere tit. Kameralassistenten, werden eingeladen, ihre mit Zeugnissen 2c. belegten Bewerbungen **alsbald** dahier einzureichen.

Adelsheim, den 30. Mai 1864.

Grundherrl. v. Adelsheim'sches Condominat-Rentamt.
Hibschenberger.

Z.k.374. Gengenbach. (Erledigte Gehilfenstelle.) Bei großh. Eisenbahnbau-Kasse Gengenbach ist die erste Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalt von 600 fl. auf 1. September d. J. neu zu besetzen.

Die Lusttragenden aus der Zahl der Kameralpraktikanten und Kameralassistenten werden hiermit zur Anmeldnng unter Vorlage der Zeugnisse eingeladen.

Gengenbach, am 3. Juni 1864.

Großh. Eisenbahnbau-Kasse.
Schuemacher.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)